

Regierungsprogramm der SPD Brandenburg  
zur Landtagswahl am 27. September 2009.



# BRANDENBURG IM NEUEN JAHRZEHNT: KRAFTVOLL, SOZIAL, GERECHT.

Einstimmiger Beschluss des Landesparteitages am 20. Juni 2009

## Inhaltsübersicht:

- |                                      |    |
|--------------------------------------|----|
| 1. Viel geschafft, noch viel zu tun. | 2  |
| 2. Gute Bildung von Anfang an.       | 5  |
| 3. Gute Arbeit für alle.             | 9  |
| 4. Die solidarische Gesellschaft.    | 15 |
| 5. Sicherheit im Wandel.             | 20 |
| 6. Starkes Land, starke Kommunen.    | 23 |

## 1. VIEL GESCHAFFT, NOCH VIEL ZU TUN.

Bei der letzten Landtagswahl 2004 haben wir versprochen, unser Land aus eigener Kraft zu erneuern. Wir haben mit den Menschen in unserem Land eine intensive Debatte über die Zukunftschancen unseres Landes geführt. Nach fast fünf Jahren können wir eine selbstbewusste Bilanz ziehen:

- Wir haben versprochen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber 2005 deutlich gesunken, auch wenn sie uns immer noch viel zu hoch ist. Im Januar 2005 waren 276.000 Menschen arbeitslos, im Januar 2009 waren es 183.000.
- Wir haben versprochen, alles für neue Arbeitsplätze zu tun. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ist seit 2005 um 37.000 gestiegen. Wir haben die Wirtschaftsförderung auf Zukunftsbereiche umgestellt. 16 Wachstumsbranchen sowie die kleinen und mittleren Unternehmen profitieren davon besonders.
- Wir haben versprochen, unser Schulsystem zu vereinfachen und die Qualität unserer Schulen zu verbessern. Die jüngsten PISA-Ergebnisse zeigen: Unsere Schulen werden besser. Brandenburg hat unter allen Bundesländern den größten Sprung nach vorn gemacht.
- Wir haben versprochen, die Qualität unserer Kitas zu verbessern. Brandenburg liegt bei den öffentlichen Ausgaben für frühkindliche Bildung und Erziehung im Spitzenfeld aller Bundesländer. Die hohe Betreuungsdichte und Qualität der Kinderbetreuung ermöglicht eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Wir haben versprochen, unser Land familienfreundlicher zu machen. Heute ist Brandenburg das ostdeutsche Bundesland mit den meisten Lokalen Bündnissen für Familie. Seit 2006 entstehen die „Netzwerke Gesunde Kinder“.
- Wir haben versprochen, für mehr soziale Gerechtigkeit in Brandenburg zu sorgen. Wir haben das Mobilitätsticket und ein Seniorenticket für den Nahverkehr sowie den Schulsozialfonds eingeführt.
- Wir haben versprochen, den Haushalt zu sanieren. Seit 2007 macht Brandenburg erstmals in seiner Geschichte keine neuen Schulden mehr.
- Wir haben versprochen, den demografischen Wandel offensiv zu gestalten. Wir haben eine Zukunftsdebatte im Land angestoßen, die zu vielen guten Ideen und Lösungen geführt hat. Stadtumbau und Stadterneuerung haben in unseren Kommunen zu weniger Leerstand und besserem Wohnumfeld geführt. Mit der „Gemeindeschwester“ wird die medizinische Versorgung in ländlichen Regionen verbessert, mit dem „Bürgerbus“ wird Mobilität auch in dünn besiedelten Regionen gesichert.
- Wir haben versprochen, den Rechtsextremismus in den Köpfen und auf der Straße mit aller Härte zu bekämpfen. Den Kampf um Toleranz und Menschlichkeit gewinnen wir – auch weil immer mehr Brandenburgerinnen und Brandenburger diese Ziele tatkräftig unterstützen.

- Wir haben versprochen, die Lebensleistung der Seniorinnen und Senioren stärker zu achten und ihren Erfahrungsschatz stärker zu nutzen. Die Seniorenpolitischen Leitlinien sind Richtschnur des gesamten Regierungshandelns geworden.

Brandenburg ist in den vergangenen Jahren in Bewegung gekommen. Unser Land steht in der Mitte des Jahres 2009 gut da. Daran haben viele mitgewirkt: tüchtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aktive Unternehmerinnen und Unternehmer, tatkräftige Handwerker, starke Betriebsräte und Gewerkschaften, engagierte Lehrer, Wissenschaftler, Eltern und Schüler.

Dennoch: Die Zeiten sind ernst. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sehr reale Auswirkungen und viele Menschen bekommen diese Auswirkungen bereits jetzt ganz direkt zu spüren. Niemand kann derzeit vollständig die langfristigen Folgen und Entwicklungen seriös vorhersagen. In der Krise steckt heute das Modell eines zügellosen Kapitalismus. Nicht in der Krise stecken Demokratie und soziale Marktwirtschaft. Deshalb geht es uns darum, das Soziale und das Demokratische zu stärken. Daraus erwächst neue Kraft für unser Land und unsere Wirtschaft. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für moderne Wirtschaft und sozialen Zusammenhalt. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist Kernbestandteil sozialdemokratischer Politik für „Gute Arbeit“. Unser Ziel ist, dass ein moderner und vorsorgender Sozialstaat zur Kraftquelle moderner Wirtschaft wird – damit umgekehrt auch eine dynamische Ökonomie die Mittel für einen starken Sozialstaat bereitstellen kann. Die Kraft unseres Landes kommt aus der Verbindung von Innovation und Gerechtigkeit.

Dass Brandenburg die Kraft zu großen Veränderungen hat, haben die vergangenen 20 Jahre gezeigt. Nach der friedlichen Revolution und der Vereinigung haben die Brandenburgerinnen und Brandenburger ihr Land in einer großen Kraftanstrengung um- und aufgebaut. Die Erfahrungen der letzten beiden Jahrzehnte werden uns auch in der Zukunft helfen. Denn auch die Herausforderungen der Zukunft sind groß – auch jenseits der aktuellen Wirtschaftskrise.

Das 21. Jahrhundert steckt voller Chancen. Wenn wir diese Chancen wahrnehmen wollen, müssen Ideen, Kreativität und Qualifikationen ganz oben auf unserer Agenda stehen. Nur so können wir zukünftigen Wohlstand, Gerechtigkeit, Beschäftigung und Lebensqualität sichern. Nur dann wird es uns gelingen, sozialen Aufstieg zu organisieren. Der Schlüssel dafür sind Bildung und Wissenschaft. Nur mit Bildung, mit guten Ideen und innovativen Lösungen werden wir die Zukunft Brandenburgs gestalten können. Der über Generationen gültige Satz vieler Eltern „Unseren Kindern soll es einmal besser gehen“ muss in Brandenburg wieder Gültigkeit haben.

Der demografische Wandel verändert unser Land. Wir werden – zum Glück – alle älter. So steigt die Lebenserwartung bis 2030 für Frauen bis auf 84 Jahre, bei Männern bis auf 78 Jahre.

Das sind etwa 8 Jahre mehr als noch 1991. Bis 2020 wird die Zahl der Senioren um etwa ein Drittel zunehmen. Gleichzeitig geht die Zahl der jungen Menschen zurück, da weniger Kinder geboren werden. Insgesamt werden in Brandenburg in zehn Jahren etwa 6 Prozent weniger Einwohner leben. Das alles zieht viele Veränderungen nach sich, sei es beispielsweise im Schulsystem, in der Organisation des öffentlichen Nahverkehrs, bei Verwaltungen oder in der Stadtentwicklung. Wir werden deshalb nach neuen Lösungen suchen.

Unser Land steht im wirtschaftlichen Wettbewerb. Wir können diesen Wettbewerb jedoch nur mit guten Ideen, guten Dienstleistungen und guten Waren gewinnen. Billig produzieren können andere besser. Die Chancen unserer Unternehmen liegen in hoher Qualität. In diesem Wettbewerb ist Brandenburg gut aufgestellt. Wir liegen im Zentrum Europas und profitieren von dieser Lage. So exportieren Brandenburger Unternehmen heute doppelt so viele Waren wie noch 2004. Das sichert und schafft neue Arbeitsplätze.

Der vorsorgende Sozialstaat ist für die Entwicklung unserer Heimat das zentrale Leitbild. Sein Ziel ist es, früher und wirkungsvoller zu fördern, um später Probleme zu vermeiden oder zu reduzieren. Mit dem vorsorgenden Sozialstaat wollen wir mehr Lebenschancen für alle eröffnen. Deshalb wollen wir Probleme so früh wie möglich erkennen und lösen. Wir wollen neue Leitern für sozialen Aufstieg aufstellen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine gerechte und solidarische Politik für Gute Arbeit, die unser Land zusammen hält. Wir wollen, dass Familien von guter Arbeit leben können und dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel und ihrer Herkunft Zugang zu bester Bildung haben.

Wir Brandenburger können stolz auf das Erreichte sein, zufrieden sind wir jedoch (noch) nicht. Deshalb bleibt auch für das kommende Jahrzehnt noch viel zu tun. Die Herausforderungen wollen wir kraftvoll angehen. Unsere Heimat wird die Zukunft nur gewinnen, wenn es uns gelingt, alle Potenziale im Land zu entfalten. Dies erreichen wir, wenn eine kluge Bildungs-, eine vorsorgende Familien- und eine aktive Wirtschaftspolitik wie ein Rad ins andere greifen. Das sind die Schwerpunkte unserer Arbeit für die neue Wahlperiode des Landtages. Das werden die Schwerpunkte einer neuen Landesregierung unter der Führung von Matthias Platzeck sein.

## 2. GUTE BILDUNG VON ANFANG AN.

In Zeiten der Krise werden wir das Notwendige und das Wichtige nicht aus den Augen verlieren. Deshalb wird die Bildungspolitik auch in den kommenden Jahren für uns im Mittelpunkt stehen. Sie ist die wichtigste Voraussetzung für die Verwirklichung von Lebenschancen der Menschen in Brandenburg. Deshalb ist beste Bildung für alle die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für langes gemeinsames Lernen und ein durchlässiges Bildungssystem, in dem die Bildung der Kinder nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Das haben wir in den vergangenen fünf Jahren erreicht:

- Brandenburg hat eines der besten Kita-Netze deutschlandweit. 45 Prozent der unter 3-Jährigen und 95 Prozent der 3- bis 6-Jährigen besuchen eine Kita. 2004 hat allein das Land 120 Millionen Euro in eine gute Kinderbetreuung investiert, 2009 sind es 149 Millionen. Um alle Kinder optimal auf die Schule vorzubereiten, haben wir verbindliche Sprachstandsmessungen und Sprachförderungen in unseren Kitas eingeführt. Kinder arbeitslos werdender Eltern können seit 2005 wieder in der Kita bleiben.
- Wir haben gegen großen Widerstand die sechsjährige Grundschule fest verankert. Brandenburg ist damit das einzige Flächenland mit einer sechsjährigen Grundschule. Mit den Gymnasien, Oberschulen, Gesamtschulen und Oberstufenzentren haben wir ein übersichtliches und durchlässiges Schulsystem. Die Zeit der Schulschließungen liegt weitgehend hinter uns. Es ist gelungen, ein stabiles Schulsystem in Brandenburg zu etablieren.
- Das Zentralabitur ist eingeführt und sorgt für mehr Qualität in der Schulbildung.
- Mit zusätzlichen 25 Millionen Euro stärken wir die Oberschulen und verbessern durch praxisnahen Unterricht die Berufschancen der Schülerinnen und Schüler.
- Wir haben die Ganztagschulen mit 230 Millionen Euro weiter ausgebaut. Mittlerweile sind ein Drittel der Grundschulen und zwei Drittel der weiterführenden Schulen Ganztagschulen.
- Seit 2008 gibt es den Schulsozialfonds. Mit ihm helfen wir Familien in schwierigen wirtschaftlichen Situationen. Für den Fonds stehen jährlich über 2 Millionen Euro bereit. Wir haben für die Kreise die Verpflichtung abgeschafft, Gebühren für den Schulbus zu erheben. Dafür stellt das Land den Kreisen jährlich 4 Millionen Euro zur Verfügung.
- Die Veränderungen der vergangenen Jahre im Bildungsbereich zahlen sich aus. Brandenburg hat bei der jüngsten PISA-Untersuchung unter den Bundesländern den größten Sprung nach vorn gemacht. In den Kategorien Mathematik und Naturwissenschaften liegen unsere Schülerinnen und Schüler über dem Durchschnitt der Vergleichsländer. Das ist ein wichtiges Verdienst unserer Lehrerinnen und Lehrer. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

- Wir haben das Hochschulgesetz modernisiert. Das Studieren für qualifizierte junge Menschen ohne Abitur ist jetzt einfacher, die Gleichstellung von Frauen und Männern wurde verbessert, die Hochschulen sollen Teilzeitstudiengänge entwickeln.
- Die Zahl der Studierenden in Brandenburg ist von 41.000 in 2004 auf das Rekordniveau von derzeit 46.000 gestiegen.

Und das haben wir in den kommenden Jahren vor:

1. Wir werden ein Investitionsprogramm „Gute Bildung von Anfang an“ auflegen. Es wird vier Punkte beinhalten:
  - Der Bund strebt derzeit an, dass die alten Bundesländer in den nächsten Jahren in die Nähe unserer Betreuungsquoten bei den unter 3-Jährigen kommen. Wir gehen noch einen Schritt weiter und investieren zusätzlich mindestens 25 Millionen Euro pro Jahr in die Qualität der Kitas. Damit werden wir in einem ersten Schritt den Betreuungsschlüssel bei den unter 3-Jährigen auf 6 Kinder je Erzieherin senken. Außerdem werden wir die Qualität der Kitas weiter verbessern, beispielsweise durch mehr Betreuungszeiten, mehr Sprachförderung und Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher.
  - Die Flexible Schuleingangsstufe „Flex“ soll an jeder Grundschule, die das will, angeboten werden.
  - Wir wollen alle Oberschulen und Gesamtschulen zu Ganztagschulen ausbauen und allen Schülerinnen und Schüler dort eine fachliche Aufgabenbetreuung und individuelle Förderung anbieten.
  - Schulpolitik in Brandenburg muss mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen fertig werden. In den dünn besiedelten ländlichen Regionen können an Oberschulen 7. Klassen bereits mit zwei mal 12 Kindern eingerichtet werden, damit Schulwege nicht zu lang werden. Wir werden gewährleisten, dass in keiner Grund-, Ober- und Gesamtschulklasse mehr als 28 Kinder unterrichtet werden.
2. Wir sorgen für mehr Gerechtigkeit bei der Bildung:
  - Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb werden wir ein „Schüler-Bafög“ für die Abiturstufe einführen. Ziel ist es, dass mehr Kinder aus einkommensschwachen Familien Abitur machen und studieren.
  - Zu viele Kinder verlassen die Schule ohne Abschluss, die Hälfte von ihnen kommt aus Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen. Unser Ziel ist es, bis 2015 die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss mindestens zu halbieren.
  - Wir wollen die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler verbessern und insbesondere auch die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf systematisch unterstützen. Möglichst viele von ihnen sollen perspektivisch in Regelschulen integriert

- werden, weil sie dort bei entsprechender Förderung größere Chancen auf einen anerkannten Schulabschluss haben. Voraussetzung dafür ist eine optimale Ausstattung mit sonderpädagogisch qualifizierten Lehrkräften, die die Kinder im Unterricht kompetent und bedarfsgerecht unterstützen können.
- Der Schulsozialfonds wird fortgesetzt. Er hilft in sozialen Notfällen zeitnah und unbürokratisch, damit bedürftige Kinder beispielsweise an kostenpflichtigen Ganztagsangeboten oder Exkursionen teilnehmen können.
  - Mit der SPD wird es keine Studiengebühren für das Erststudium bis zum Masterabschluss geben. Jede und jeder Studierende mit einem Bachelor-Abschluss muss die Chance haben, einen Masterstudiengang zu belegen. Wir wollen, dass mehr Menschen studieren.
3. Wir werden ein Programm „Gute Lehrer für gute Schulen“ auflegen. Dieses Programm wird folgende Punkte enthalten:
- In den nächsten fünf Jahren werden wir 1.250 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Um die Qualität des Unterrichts und die gute Unterrichtsversorgung weiter zu verbessern wird ein großer Teil dieser Neueinstellungen bereits zu Beginn der Legislaturperiode erfolgen. Die zusätzlich eingestellten Lehrerinnen und Lehrer werden dazu beitragen, dass der Unterrichtsausfall weiter sinkt.
  - Da wir in den nächsten Jahren viele neue Lehrer brauchen, werden wir mit einer Kampagne dafür werben, dass mehr junge Leute sich für den Lehrerberuf entscheiden. Jeder Brandenburger Lehramtsanwärter mit gutem Abschluss soll ein Stellenangebot bekommen.
  - Wir wollen alles dafür tun, dass das Ansehen des Lehrerberufs steigt.
  - Wir werden die Lehrerausbildung verstärken. Insbesondere sollen in Brandenburg wieder Lehrkräfte für Sonder- und Berufsschulpädagogik ausgebildet werden.
4. Wir werden die Selbstständigkeit der Schulen weiter ausbauen. Bürokratische und statistische Verpflichtungen sollen abgebaut werden. Bei der Berufung von Schulleitungen soll der Schulträger eine größere Mitsprache haben. Schulleitungen sollen einen größeren Einfluss bei Personalentscheidungen haben und einzustellende Lehrkräfte selbst aussuchen können.
5. Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Innovation sind Investitionen in die Zukunft. Der Zugang zur Hochschulbildung entscheidet in wachsendem Umfang über Lebenschancen. Die Nähe zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist eine wichtige Grundlage für Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Deshalb stärken wir Hochschulen und Forschung:

- In den kommenden fünf Jahren werden wir über 200 Millionen Euro in die Universitäten und Fachhochschulen sowie außerhochschulische Forschungseinrichtungen investieren. Darüber hinaus stehen zusätzliche 12 Millionen Euro für die Hochschulen bereit, um die Zahl der Studienplätze stabil zu halten. Der Hochschulpakt zwischen dem Land und den Universitäten und Fachhochschulen wird evaluiert und fortgeschrieben. Besonderes Augenmerk wird dabei auf den Technologietransfer gelegt.
  - Unsere Hochschulen sind bereits besonders familienfreundlich, zum Beispiel durch Kinderzimmer, Kitas und Tagesmütter an den Hochschulen. Solche Angebote sollen kontinuierlich ausgebaut werden. Das erleichtert es Studierenden, Bildung und Familie zu vereinbaren.
  - In Brandenburg studieren im Vergleich zu anderen Ländern immer noch zu wenig Jugendliche. Wir wollen, dass die Zahl der Abiturienten – insbesondere junger Frauen – , die ein Studium aufnehmen, weiter steigt. Dazu sollen die Hochschulen mit Projekten an den Schulen werben und so die Studierneigung erhöhen.
  - Unsere Hochschulen sind attraktiv. Wir werden in den alten Bundesländern und im Ausland für ein Studium an unseren Hochschulen werben.
  - Wissenschafts-, Innovations- und Wirtschaftspolitik sind eine Einheit. Unsere Chancen liegen darin besser zu sein als andere, nicht billiger. Deshalb sollen Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen untereinander und enger mit Unternehmen kooperieren. Das sichert Wettbewerbsvorteile und Arbeitsplätze. Netzwerke aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft werden weiter gefördert.
  - Die Ausbildungs- und Forschungskapazitäten in Brandenburg werden besser mit denen in Berlin vernetzt und abgestimmt. Wir werden uns für die Einrichtung von medizinischen Studiengängen in Brandenburg einsetzen.
  - Der erfolgreiche Studiengang in Potsdam zur Ausbildung von Kita-Erzieherinnen und -Erziehern soll ausgebaut werden. Damit soll auch die Chance zur akademischen Weiterqualifikation eröffnet werden.
  - Wir wollen den Anteil von Frauen in Führungspositionen an den Hochschulen deutlich steigern. Dazu sollen u. a. Wiedereinstiegsstipendien und Mentoring-Programm dienen.
6. Wir unterstützen die allgemeine, politische und kulturelle Weiterbildung der Volkshochschulen. Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung wird sich auf den Kampf gegen Rechtsextremismus und die Folgen des demografischen Wandels konzentrieren.

### 3. GUTE ARBEIT FÜR ALLE.

Gute Arbeit für Brandenburg ist für die Sozialdemokratie das zentrale Element, um die breite Mitte unserer Gesellschaft zu stärken. Wir wollen Menschen Ängste nehmen und Sicherheit geben – dem dient auch eine aktivierende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Unser Ziel ist eine moderne und breit gefächerte Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen. Unser Land braucht gut ausgebildete Fachkräfte. Heute können wir versprechen: Jede Schülerin, jeder Schüler mit guten Abschlüssen hat in Brandenburg beste Chancen auf einen Ausbildungsplatz und später auf einen Arbeitsplatz.

Das haben wir bisher erreicht:

- Die Arbeitslosigkeit in Brandenburg ist seit 2005 um etwa ein Drittel gesunken. Erstmals seit fast zehn Jahren ist das Armutsrisiko gesunken. Zum ersten Mal seit der Wende hat sich die Einkommensschere zwischen Arm und Reich in Ostdeutschland 2007 nicht weiter geöffnet.
- Wir haben die Wirtschaftsförderung umgestellt. Statt mit der Gießkanne fördern wir vor allem kleine und mittlere Unternehmen sowie 16 Wachstumsbranchen. Für die Neuausrichtung der Förderpolitik erhalten wir Lob aus dem In- und Ausland.
- Der Export Brandenburger Unternehmen ins Ausland hat sich seit 2004 mehr als verdoppelt – das schafft Arbeitsplätze und mehr soziale Sicherheit.
- Um Brandenburger Unternehmen zu unterstützen, auf ausländischen Märkten Fuß zu fassen, wurden in Polen und Rumänien die ersten drei Partnerschaftsbeauftragten eingesetzt.
- Erstmals konnten 2008 alle Schulabsolventen einen Ausbildungsplatz erhalten.
- Brandenburg ist heute ein international bedeutender Standort für die Erforschung, die Produktion, die Anwendung und den Export zukunftsfähiger Energietechnologien. Die CCS-Technik, bei der CO<sub>2</sub> beim Verbrennen der Kohle abgetrennt und gespeichert wird, wird in Brandenburg entwickelt. Für die Regionen mit möglichen Demonstrationsanlagen zur unterirdischen Speicherung von CO<sub>2</sub> ist ein Ausgleichspaket zu erarbeiten. Die Sicherheit der Bevölkerung muss oberste Priorität haben. Die Speicherung von CO<sub>2</sub> muss so erfolgen, dass Menschen und ihr Eigentum nicht gefährdet, die persönliche und wirtschaftliche Nutzung ihrer Grundstücke sowie die natürlichen Lebensgrundlagen von Tieren und Pflanzen nicht beeinträchtigt werden. Ein umfassender Informationsanspruch der Bevölkerung vor und während der Maßnahmen muss gesetzlich abgesichert werden.
- Brandenburg hat einen Spitzenplatz bei den erneuerbaren Energien in Deutschland. Kein Binnenland gewinnt soviel Energie aus Windkraft. Jede dritte in Deutschland produzierte Solarzelle kommt aus Brandenburg. Auch bei der Biomasse sind wir führend.

- Brandenburgs Tourismus boomt. 2008 gab es erstmals mehr als 10 Millionen Übernachtungen in unserem Land – so viele wie nie zuvor. Im Gastgewerbe arbeiten ca. 50.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger.

Und das haben wir in den kommenden Jahren vor:

1. Unser wichtigstes Ziel ist gerechter Lohn für gute Arbeit:

- Brandenburg ist kein Billiglohnland. Wir stehen für das Prinzip: Gutes Geld für gute Arbeit. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist Grundelement sozialdemokratischer Politik für „Gute Arbeit“. Es geht darum, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den ganzen Tag arbeiten, davon ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Daneben muss der Grundsatz gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das gilt insbesondere für die Bezahlung von Frauen und Männern.
- Wir wollen ein Qualitätssiegel „Gute Arbeit“ schaffen, dass die Einhaltung von Mindestlöhnen und anderer Arbeitnehmerschutzrechte in den Unternehmen dokumentiert.
- Mit einem Brandenburger Mindestlohngesetz sollen öffentliche Aufträge nur dann vergeben werden können, wenn Tarifbindung oder mindestens die Zahlung von Mindestlöhnen garantiert ist.
- Zu einer starken Wirtschaft gehören auch starke Gewerkschaften. Gerade die vergangenen zwei Jahrzehnte haben gezeigt, dass die frühzeitige Einbeziehung von Wirtschaft, Gewerkschaften und Betriebsräten für Unternehmen in schwierigen Situationen von entscheidender Bedeutung ist. Brandenburg braucht verhandlungsstarke und verankerte Gewerkschaften. Nur so wird es langfristig möglich sein, Arbeitnehmerinteressen wirkungsvoll zu vertreten, für ordentliche Arbeitsbedingungen zu sorgen, angemessene Lohnabschlüsse zu erreichen und damit langfristig auch attraktiv für Fachkräfte zu werden bzw. zu bleiben. Schnelle Lohnangleichung und höhere Löhne sind darüber hinaus auch der sicherste Weg, um Altersarmut zu verhindern.

2. In der Wirtschaftskrise handelt die Landesregierung schnell und entschlossen:

- Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen um jeden Arbeitsplatz in unserem Land. Wir werden nicht zulassen, dass diejenigen, die am wenigsten für die gegenwärtige Situation verantwortlich sind, jetzt am meisten darunter leiden.
- Über das Konjunkturpaket von Bund und Ländern werden über 450 Millionen Euro zusätzlich 2009 und 2010 in Brandenburg investiert – schwerpunktmäßig in kommunale, soziale und Bildungsinfrastruktur. Im Mittelpunkt steht dabei für uns der Erhalt und die Schaffung von existenzsicherenden Arbeitsplätzen. Durch kluge Investitionen setzen wir Wachstumsimpulse. Damit ist Brandenburg für die Zukunft besser gerüstet.
- Im Umfang von 400 Millionen Euro stellt das Land darüber hinaus zusätzliche Bürgschaften, Kredite und Mittel zur Stärkung für unsere kleinen und mittleren Unternehmen bereit.

**3. Wir stehen für aktivierende und vorsorgende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik:**

- In der Tradition von Regine Hildebrandt werden wir auch in den kommenden Jahren für eine aktive und verlässliche Arbeitsmarktpolitik sorgen.
- Mit dem Programm „Kommunal-Kombi“ werden bis 2012 über 7.500 sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen – hauptsächlich für ältere Langzeitarbeitslose. Brandenburg steht an der Spitze aller Bundesländer bei der Umsetzung dieses Programms. Wir werden uns für die Weiterentwicklung dieses Programms einsetzen.
- Menschen ohne Ausbildung und ohne Schulabschluss haben eine zweite Chance verdient, um ihren Abschluss nachzuholen und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Mit der Bundesagentur für Arbeit werden wir dafür sorgen, dass jede und jeder einen Schulabschluss nachholen kann.
- Solange wir überbetriebliche Ausbildungsplätze brauchen, sollen diese so gut wie möglich und so nah wie möglich zu den Betrieben gestaltet werden.
- Wir werden das Brandenburger Modellprojekt zur Verknüpfung von Arbeitsvermittlung und Gesundheitsförderung ausbauen. Durch diese Zusammenarbeit kann der Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit und Krankheit durchbrochen werden. Dabei arbeiten Fallmanager, Psychologen und Sozialmediziner mit den Arbeitslosen zusammen.
- Wir wollen weiterhin die Arbeitsmarktpolitik mit Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sowie den Kompetenzen vor Ort in einer „vorsorgenden Arbeitspolitik“ besser verzahnen. So werden die Wirtschafts- und Strukturentwicklungen vor Ort besser berücksichtigt.

**4. Wir werden alles tun, um Arbeitsplätze zu sichern und Fachkräfte zu gewinnen:**

- Die Fachkräftesicherung ist das Thema Nr. Eins für die Zukunft. Der Brandenburger Ausbildungskonsens wird fortgeschrieben mit dem Ziel, die Qualität der Berufsausbildung weiter zu verbessern.
- Wir setzen uns für ein System der Berufsorientierung ab der 7. Klasse ein, das Schüler und Lehrer mit dem beruflichen Alltag vertraut macht. Das „Praxislernen“ soll ein verpflichtender Bestandteil an allen Schulen werden. Wir wollen, dass vor Ort regionale Netzwerke „Schule und Wirtschaft“ entstehen, in denen Schulen und Unternehmen, Lehrer, Schüler und Unternehmer eng zusammenarbeiten.
- Angesichts des absehbaren Fachkräftemangels müssen schon bei Kindern und insbesondere bei Mädchen Technikbegeisterung, Interesse für Naturwissenschaften und technische Berufe geweckt werden. Wie das gehen kann, zeigt unter anderem das Potsdamer Exploratorium. Solche Initiativen sollen ausgebaut werden.
- Wir wollen Brandenburgs Image als modernes, tolerantes und lebenswertes Land verstärken, um so hochqualifizierte Fachkräfte nach Brandenburg zu holen.
- Studienabschlüsse von Nicht-EU-Bürgern sollen leichter anerkannt werden.

- Altersarmut lässt sich auch verhindern, indem die Kompetenzen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten bleiben. Wir brauchen die Erfahrungen von Älteren. Wir werden uns bei Unternehmen dafür einsetzen, mehr ältere Menschen zu beschäftigen, sie weiterzubilden und ihnen durch altersgerechte Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung erleichtern, bis zum gesetzlichen Rentenalter zu arbeiten.
- Die Berufsausbildung kann in Zeiten des wirtschaftlichen Wandels nicht ein ganzes Berufsleben lang tragen. Deshalb brauchen wir eine neue Kultur der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens. Dazu werden wir das Weiterbildungsgesetz modernisieren. Die Oberstufenzentren sollen sich Schritt für Schritt zu regionalen Zentren der Aus-, Fort- und Weiterbildung entwickeln. Die Aktivitäten zur Erhöhung der Weiterbildungsquoten in den Betrieben werden verstärkt.

5. Wir werden für Vorfahrt für den Mittelstand sorgen:

- Die Arbeit der Regionalen Wachstumskerne wird evaluiert und fortgeschrieben. Weil die Fördermittel durch den zurückgehenden Solidarpakt und den schrumpfenden Länderfinanzausgleich weniger werden, müssen wir sie konzentrieren.
- Die bisherige Förderpolitik stützt sich im Wesentlichen auf Zuschüsse an Unternehmen, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Mit Blick auf die Zukunft und weniger werdende Fördermittel für das Land ist ein Strategiewechsel in der Unternehmensförderung notwendig, damit die eingesetzten Gelder für eine möglichst lange Zeit wirken können. Aus diesem Grund sollen Fördermittel auch als rückzahlbare Zuschüsse gewährt werden, die wie Eigenkapital der Unternehmen wirken.
- Die Existenzgründung ist nicht mit der Anmeldung eines Gewerbes getan, sondern ein Prozess. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Lotsendienste gestärkt werden, aber auch das Wirtschaftsministerium mit der Bürgschaftsbank Akzente setzt.
- Existenzgründer brauchen jedoch nicht nur vor der Unternehmensgründung Begleitung und Unterstützung. Wir richten eine kontinuierliche Begleitung von Existenzgründungen vom ersten Bürgschaftsantrag bis zur Durchsicht des zweiten Geschäftsjahresabchlusses ein.
- Seit 2009 vergibt die Bürgschaftsbank Mikrokredite an kleine junge Unternehmen. Solche kleinvolumigen Finanzierungen von unter 5.000 Euro sind für viele Gründer und Mittelständler wichtig, um ihre Investitionsvorhaben verwirklichen zu können. Dieses Programm wird evaluiert und fortgesetzt.
- Wir werden das Standortmarketing für Brandenburg ausbauen.
- Die Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschafts- und dem Wissenschaftsministerium soll besser werden. Ziel ist es, den Transfer von Wissen in die Brandenburger Unternehmen zielgenauer auf die betrieblichen Bedürfnisse auszurichten.

- Wir wollen den Bürokratieabbau für die Unternehmen fortsetzen. Vor allem Statistik- und Berichtspflichten sollen weiter reduziert, Doppelprüfungen vermieden werden.
6. Brandenburg ist ein traditionelles Energieland und auch in Zukunft ein Land voller Energie:
- Wir werden den Spitzenplatz Brandenburgs bei den erneuerbaren Energien ausbauen. Die erneuerbaren Energien aus Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Erdwärme sollen bis 2020 einen Anteil von 20 Prozent am Primärenergieverbrauch haben. Die Verknüpfung regenerativer Energieerzeuger zu „virtuellen Kraftwerken“ unterstützen wir. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Aufbau einer innovativen Wasserstofftechnologie.
  - Die SPD bekennt sich zur Nutzung des heimischen Energieträgers Braunkohle. Er sichert über 10.000 Arbeitsplätze in der Lausitz. Neue Tagebaue wird es jedoch nur mit dem Einsatz der neuen CCS-Technologie geben, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zum Schutz unserer Atmosphäre erheblich vermindert.
  - Die Stromnetze müssen umweltverträglich ausgebaut werden, damit die Einspeisung von Strom aus erneuerbarer Energien problemlos erfolgen kann.
  - Neben der Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien ist der effiziente und sparsame Einsatz von Energie wichtig. Effiziente Energienutzung ist eine Möglichkeit, Energiekosten zu minimieren. Ein Förderatlas wird über Energieeinsparungen, Förderprogramme und Beispielvorhaben mit ausführlichen Kostenangaben informieren.
  - Die energetische Modernisierung öffentlicher Gebäude, wie z. B. Schulen und Kitas, wird fortgesetzt.
  - Beim Ausbau der Windenergie haben leistungsstärkere Rotoren an vorhandenen Standorten Vorrang vor neuen Anlagen. Neue Windkraftanlagen sollen einen Mindestabstand von 1.000 Metern zum nächsten Ort haben. Neue Standorte für regenerative Energien sollen vorrangig auch im Nutzwald (für Windkraft) und auf ehemaligen Militärf lächen (für Sonnenenergie) erschlossen werden.
  - Wir unterstützen die innovative „Energieresion Lausitz-Spreewald“ bei ihren Bemühungen, Energieakteure zu vernetzen und die Region zu einem europäischen Energiekompetenzzentrum zu entwickeln.
7. Die SPD steht auch in Zukunft für einen starken ländlichen Raum:
- Die Chancen der ländlichen Entwicklung liegen heute in einer integrierten Entwicklung, die auf die Stärken der Landschaft baut: regionales Wirtschaften, Angebote für nachhaltigen und Naturtourismus, Direktvermarktung und die breite Anwendung erneuerbarer Energien.
  - Die Agrarwirtschaftsinitiative wird fortgeführt. Damit werden die Landwirte und der gesamte ländliche Raum unterstützt sowie günstige Investitionsbedingungen für Landwirte, Fischer und Gärtner geschaffen.

- Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Marktfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe steht an erster Stelle. Mit Fördermitteln in der Landwirtschaft sollen hauptsächlich attraktive Arbeitsplätze in der Fläche unseres Landes geschaffen werden.
  - Wir wollen den Brandenburger Spitzenplatz in der ökologischen Landwirtschaft ausbauen. Dazu wird die Verarbeitung ökologischer Produkte gezielt gefördert.
  - Die Bedeutung von Forschung für die Zukunft ländlicher Räume wächst. Brandenburg verfügt bereits über eine exzellente und praxisbezogene Agrar- und Umweltforschung. Ihr Erhalt ist für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und die Erfüllung der Klimaschutzziele unabdingbar.
  - Die Forstreform wird umgesetzt, dabei bleibt das Landeswaldeigentum in vollem Umfang erhalten. Die nachhaltige Bewirtschaftung des Landeswaldes wird gewährleistet.
8. Für den Ausbau des Tourismus brauchen wir ein gastfreundliches Land:
- Die Tourismus Marketing Brandenburg (TMB) ist der zentrale Landesdienstleister im Tourismus. Eine dauerhaft gesicherte Finanzierung unterstützt und verbessert die Aus- und Weiterbildung in der Tourismuswirtschaft.
  - Die regionalen und überregionalen touristischen Angebote müssen stärker vernetzt werden. Dafür kann die Qualitätsinitiative „Service-Qualitätssiegel (Q)“ einen wichtigen Impuls setzen.
  - Ein gutes Konzept für den Wasser- und Fahrradtourismus soll attraktive aufeinander abgestimmte Angebote beinhalten.
  - Brandenburg profitiert von den steigenden Besucherzahlen in Berlin. Deshalb soll die Zusammenarbeit mit Berlin im Bereich des Tourismus verstärkt werden.
  - Der Gesundheitstourismus soll enger mit anderen touristischen Angeboten beispielsweise für Senioren und mobilitätseingeschränkten Menschen abgestimmt werden.

#### 4. DIE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT.

Solidarität ist einer der Grundwerte der Sozialdemokratie. Solidarität ist das Lebenselixier unserer Gesellschaft. Wir brauchen dieses Gefühl des füreinander Einstehens auch in Zukunft. Starke Schultern können mehr tragen als schwache – aus diesem Prinzip entsteht Stärke für alle: für Familien, für Generationen, für Regionen.

Das haben wir bisher erreicht:

- Seit 2004 gibt es die „Lokalen Bündnisse für Familie“. Sie tragen vor Ort zu einem Klimawandel für mehr Familienfreundlichkeit bei, vernetzen Wirtschaft, Vereine, Politik, lokale Initiativen, Verwaltungen und viele mehr. Derzeit gibt es 35 „Lokale Bündnisse“, so viele wie in keinem anderen ostdeutschen Bundesland.
- Mittlerweile gibt es 14 „Netzwerke Gesunde Kinder“ an 22 Standorten im Land. Damit sind drei Viertel der Landesfläche abgedeckt. Dort erhalten junge Familien Unterstützung für eine gesunde Entwicklung ihrer Kinder. Das Deutsche Jugendinstitut bezeichnet die Netzwerke als eines der besten Betreuungsangebote bundesweit.
- Wir haben die Vorsorgeuntersuchung für Kinder verbessert. Zu allen Vorsorgeuntersuchungen werden die Eltern vom Landesgesundheitsamt verbindlich eingeladen.
- Seit 2006 werden Kitas, Krippen, Horte und andere Einrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren ausgebaut. Sie bündeln familienfördernde Angebote und unterstützen Eltern bei ihrer Erziehungskompetenz.
- Seit 2008 gibt es ein landesweit gültiges Mobilitätsticket für Menschen, mit dem u. a. Sozialhilfeempfänger, sogenannte Aufstocker und Langzeitarbeitslose kostengünstig den ÖPNV benutzen dürfen.
- Bürgerschaftliches Engagement wird umfassend gewürdigt. Alle Brandenburger verfügen bei ehrenamtlicher Tätigkeit heute über Versicherungsschutz. In der Staatskanzlei gibt es eine Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement. Der neue Freiwilligenpass trägt zu einer Kultur der Anerkennung des Ehrenamtes bei.
- Die Seniorenpolitischen Leitlinien sind verabschiedet und unterstützen den Zusammenhalt der Generationen. Seniorenvertretungen haben in der Kommunalverfassung eine gesetzliche Grundlage.

Und das haben wir in den kommenden Jahren vor:

1. Für uns stehen Kinder und Familien im Mittelpunkt:
  - Das Land wird die „Netzwerke Gesunde Kinder“ weiter unterstützen. Die Netzwerke werden flächendeckend im Land mit einem einheitlichen Qualitätsstandard etabliert.

- Die Landesregierung wird auch in Zukunft die Bildung „Lokaler Bündnisse für Familien“ unterstützen. Im Rahmen dieser Bündnisse sollen z. B. auch die Öffnungszeiten von Kitas bedarfsgerechter gestaltet werden, um Arbeit und Familien besser miteinander zu vereinbaren.
  - Wir wollen alle Regeln zum Kinderschutz und zur Kindergesundheit in einem „Kindergesundheits- und Kinderschutzgesetz“ zusammenfassen. Damit sollen alle Hindernisse für einen wirksamen Kinderschutz aus dem Weg geräumt werden.
  - Wir werden die Schaffung von Eltern-Kind-Zentren weiter fördern.
  - Kinder machen keinen Lärm, sondern Freude. Der „Lärm“ spielender Kinder darf kein Grund sein, Kitas oder Spielplätze schließen zu können.
  - Vor Kitas und Schulen sollen im Regelfall „Tempo 30“ gelten oder besondere Sicherungen für Kinder vorgesehen werden.
  - Seit 2006 gibt es den Familienpass für alle Familien. Er bündelt familiengerechte Angebote und familienfreundliche Tarife in Kultur und Tourismus. Der Familienpass wird auch in den kommenden Jahren aufgelegt.
  - Mit einem Gleichstellungsgesetz sollen eingetragene Lebenspartnerschaften in allen landespolitischen Rechtsbereichen Ehepaaren gleichgestellt werden.
2. Brandenburg wird das Land des langen Lebens. Deshalb ist der Zusammenhalt der Generationen wichtig:
- Der Ministerpräsident wird vorbildliche Projekte für das Zusammenleben zwischen Jung und Alt jährlich mit einem Generationenpreis auszeichnen.
  - Die gesundheitliche Prävention bei älteren Menschen soll gestärkt werden.
  - Wir unterstützen den Wunsch älterer Menschen, auch bei Hilfe- und Pflegebedarf so lange wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld wohnen zu können. Deshalb unterstützen wir auch neue Wohn- und Lebensformen, die älteren Menschen ein barrierefreies selbstständiges Wohnen ermöglichen.
  - Mit einem flächendeckenden Netz von Pflegestützpunkten erhalten Angehörige und Betroffene kompetente und unabhängige Beratung.
3. Wir werden auch in Zukunft in ganz Brandenburg eine hochwertige medizinische Versorgung sicherstellen:
- In den kommenden fünf Jahren werden die Krankenhäuser mit über 400 Millionen Euro modernisiert und erweitert.
  - Wir setzen alles daran, dem Ärztemangel entgegenzuwirken. Deshalb wird die Zusammenarbeit der Krankenhäuser mit den Universitäten bei der Ausbildung von jungen Ärztinnen und Ärzten verbessert.

- Etwa 20 Prozent der Kinder sind übergewichtig. Deshalb werden wir eine Kampagne für gesundes Essen und mehr Sport ins Leben rufen. Sie soll unter anderem Fortbildung für Lehrer, Aufklärung für Kinder und Eltern sowie Richtlinien für eine gesündere Schul- und Kitaspeisung enthalten.
  - Die Gesundheitswirtschaft ist eine wichtige Wachstumsbranche. Berlin und Brandenburg sollen zum leistungsstärksten Zentrum der Gesundheitswirtschaft in Deutschland werden. Dazu müssen die Akteure in Gesundheitsforschung und -wissenschaft, Gesundheitswirtschaft, Gesundheitsversorgung und Wirtschaftsförderung enger zusammenarbeiten.
4. Wir sind die Partei des *ganzen* Landes. Wir wollen, dass jedes Kind unabhängig vom Wohnort über vergleichbare Chancen auf Bildung, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe verfügt. Wir stehen für gleichwertige Lebensverhältnisse, ob in der Stadt oder auf dem Land, ob im Berliner Umland oder in den äußeren Regionen des Landes:
- Jede Brandenburger Region hat ihre Stärken und Besonderheiten, keine Region wird abgehängt oder gar aufgegeben. Die Daseinsvorsorge wird überall gewährleistet sein, was nicht heißt, dass es überall einheitliche Lösungen für alle Regionen geben kann – zu unterschiedlich sind die jeweiligen Bedingungen. Der demografische Wandel erfordert neue Ideen – wo sie entstehen, werden wir sie unterstützen.
  - Für uns gilt das Prinzip „Starke Schultern können mehr tragen als schwache“ – deshalb stehen wir für einen kommunalen Finanzausgleich, der garantiert, dass die Erfolge der wirtschaftlichen Entwicklung überall im Land spürbar sind.
  - Wir brauchen Mobilität in allen Regionen unseres Landes. In den ländlichen Regionen helfen Bürgerbusse, Mobilität zu gewährleisten. Diese Initiativen unterstützen wir. Die Möglichkeiten kreisübergreifender Busverkehre sollen verbessert werden.
  - Das 2008 eingeführte Mobilitätsticket wird über 2010 hinaus fortgeführt. Bei der Weiterentwicklung werden die bisherigen Erfahrungen berücksichtigt.
  - In den dünn besiedelten Regionen wird auch in Zukunft eine angemessene medizinische Versorgung sichergestellt. Die Gemeindeschwester soll Ärzte in dünn besiedelten Regionen bei ihrer Arbeit unterstützen. Ferner wird die Telemedizin ausgebaut. Damit können medizinische Daten über Kommunikationstechnik kontinuierlich überwacht werden. Hochschulabsolventen sollen mit attraktiven Angeboten für ländliche Regionen gewonnen werden.
  - Der gezielte Einsatz von Jugendsozialarbeitern leistet einen wichtigen Beitrag zur Bindung junger Menschen an unsere Regionen. Deshalb wird das 510-Stellen-Programm für die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit fortgeführt. Unser Ziel sind regional ausgewogene und attraktive Angebote für junge Menschen in der sozialen Infrastruktur. Dafür sollen Angebote von Bildung, Erziehung, Betreuung und regionalisierte Arbeitsmarktpro-

litik besser verbunden sowie die Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung enger verzahnt werden.

5. Die beste **Versicherung gegen Armut** sind Bildung, Arbeitsplätze und auskömmliche Löhne. Deshalb verbessern wir die **Qualität** unseres Bildungssystems kontinuierlich, um Leitern für sozialen Aufstieg aufzustellen und soziale Benachteiligungen nicht zu vererben. Deshalb setzt sich die SPD auch vehement für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Ein Mindestlohn verbessert insbesondere die Situation von Alleinerziehenden, die besonders häufig in schlecht bezahlten Berufen arbeiten.
6. Die SPD steht uneingeschränkt für die **Gleichstellung von Frauen und Männern**. Dies ist ein Querschnittsthema, das in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern berücksichtigt werden muss.
  - Ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm soll dazu beitragen, bei der Geschlechtergerechtigkeit voran zu kommen und strukturelle Benachteiligungen von Mädchen und Frauen abzubauen.
  - Die SPD setzt sich für eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in der Politik und in Führungspositionen – insbesondere in der Wissenschaft und der Wirtschaft – ein.
  - Die Hilfsangebote für von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern werden erhalten und weiterentwickelt. Dabei soll insbesondere die Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe gestärkt werden.
  - Statistisch erwiesen ist, dass Jungen einen geringeren Schulerfolg als Mädchen haben. Deshalb sollen die Jungenförderung intensiviert sowie die Aus- und Fortbildungskonzepte überarbeitet werden, um (angehende) Lehrerinnen und Lehrer für das Thema stärker zu sensibilisieren.
7. **Menschen mit Behinderung** sind gleichberechtigter Teil der Gesellschaft mit dem Recht auf Inklusion und Partizipation. Wir werden das Landesbehindertengleichstellungsgesetz novellieren und ein diesbezügliches Maßnahmenpaket entwickeln. Dabei werden die Vorgaben der UN-Konvention für behinderte Menschen konkret im Alltag umgesetzt. Bei Sanierung und Neubau von öffentlichen Gebäuden muss Barrierefreiheit durchgesetzt werden.
8. Wo Menschen sich gemeinsam engagieren, entsteht Zusammenhalt. Viele Brandenburgerinnen und Brandenburger engagieren sich in ihrer Freizeit – unser Land braucht dieses **bürgerschaftliche Engagement**. Deshalb werden wir das Ehrenamt weiter unterstützen. Die Netze der Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen soll ausgebaut werden.

9. Brandenburg ist ein Sportland. Der Breiten- und Leistungssport wird auch in Zukunft mit mindestens 15 Millionen Euro pro Jahr unterstützt. Der Schulsport wird qualitativ weiterentwickelt. Er gewährleistet eine enge Verbindung zum Breiten- und Spitzensport. Die notwendigen Investitionen in unsere Spitzensportstätten in Potsdam, Cottbus, Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder) werden fortgesetzt. Die Sportstätten von Vereinen im ländlichen Raum werden mit dem „Goldenen Plan Brandenburg“ in den kommenden Jahren weiter ausgebaut.
  
10. Kultur, Kunst und die Pflege unseres kulturellen Erbes schaffen Lebensqualität und verbinden Menschen. Kulturpolitik ist deshalb eine Querschnittsaufgabe, sie ist auch Quelle wirtschaftlicher Wertschöpfung.
  - Wir stehen auch in Zukunft für eine lebendige Theater- und Orchesterlandschaft in Brandenburg sowie einen Mix aus freier Szene und etablierten Kultureinrichtungen.
  - Alle gesellschaftlichen Schichten sollen gleichermaßen Zugang zu Kunst und Kultur haben. Begabungen müssen sich frei entfalten können – dazu müssen Interessen geweckt werden. Der Eintritt in Brandenburgs Museen soll für Kinder frei sein.
  - Die Musikschulen leisten eine gute und unerlässliche Arbeit. Wir werden sie weiterhin unterstützen.
  - Aus dem Landeshaushalt fließen jährlich mehr als 10 Millionen Euro in die Filmförderung. Wir werden die Filmförderung fortsetzen und damit Arbeitsplätze in der Region sichern. Inzwischen arbeiten über 20.000 Menschen in der Brandenburger Medienwirtschaft.
  - In den kommenden zehn Jahren werden zusätzlich 280 Millionen Euro in den Erhalt und die Sanierung der preußischen Schlösser- und Gartenlandschaft investiert. Bis zum 300. Geburtstag von Friedrich dem Großen 2012 sollen die wichtigsten Investitionen abgeschlossen sein.
  - Die Förderung der Stiftung für das sorbische Volk wird zusammen mit dem Bund und Sachsen fortgesetzt.
  
11. Wir setzen uns dafür ein, die Residenzpflicht für Asylbewerber und geduldete Ausländer abzuschaffen.

## 5. SICHERHEIT IM WANDEL.

Der Rechtsextremismus ist eine Bedrohung für Brandenburgs Zukunft. Deshalb bekämpfen wir ihn mit aller Kraft. Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind oberste Maxime sozialdemokratischer Rechts- und Innenpolitik.

Brandenburg ist ein sicheres Land und verfügt über eine gut ausgebildete und ausgerüstete Polizei. Doch Polizei und Justiz allein reichen für ein sicheres Leben nicht. Deshalb bekämpfen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht nur Kriminalität sondern vor allem deren Ursachen. Prävention ist die beste Sicherheitsvorsorge. Zu einer freiheitlichen Gesellschaft gehört es, dass Menschen gegenseitig Rücksicht nehmen und bereit sind, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Eine Kultur des Hinschauens und der guten Nachbarschaft stärkt die Gemeinschaft und macht unser Land lebenswerter.

Das haben wir bisher erreicht:

- Die Zahl der Straftaten ist in den vergangenen fünf Jahren um 15 Prozent zurückgegangen. Die Aufklärungsquote ist hoch und liegt über dem Bundesdurchschnitt.
- Den Rechtsextremismus bekämpfen wir mit Repression und Prävention. Das Versammlungsgesetz wurde verschärft, das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ fortgeschrieben. Die finanziellen Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus blieben konstant, die rechtsextreme Gewalt geht zurück.
- Wir haben das Polizeigesetz novelliert. Die Videoüberwachung an besonders kriminalitätsbelasteten Plätzen wurde verankert. Unter strengen Auflagen wurden Handyortung und KfZ-Kennzeichenerfassung ermöglicht. Die Maßnahmen werden 2011 evaluiert.
- Neben den 300 Feuerwehren gibt es nun 104 Stützpunktfeuerwehren für den überörtlichen Einsatz. Die Erneuerung der Einsatzfahrzeuge wurde mit 5 Millionen Euro jährlich unterstützt.

Und das haben wir in den kommenden Jahren vor:

1. **Wir bekämpfen den Rechtsextremismus mit aller Kraft und einer Null-Toleranz-Strategie:**
  - Für alte und neue Nazis ist in Brandenburg kein Platz – weder auf den Straßen noch in den Parlamenten. Brandenburg muss klare Kante zeigen: gegen Fremdenfeindlichkeit, gegen Antisemitismus, gegen Gewalt, gegen Hass, für Demokratie und Toleranz. Wir werden die Freiheit mit den Mitteln der Demokratie verteidigen.
  - Wir werden die finanziellen Mittel im Kampf gegen den Rechtsextremismus fortschreiben und das landesweite Aktionsbündnis, die Mobilen Beratungsteams, die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen und den Verein Opferperspektive unterstützen.

- Wir wollen, dass sich kommunale Wahlbeamte wie Bürgermeister und Landräte bereits vor ihrer Wahl zu Demokratie, Freiheit und Verfassung bekennen.
- Verfassungsschutz, Polizei und Justiz werden weiter vertrauensvoll mit Kommunen und zivilgesellschaftlichen Strukturen zusammenarbeiten. Der präventive Ansatz des Verfassungsschutzes wird ausgebaut.
- Brandenburg ist und bleibt ein Land der Toleranz. Neue Ansätze bei der Aufklärung über historische Zusammenhänge und in den Bildungsangeboten in der Jugendarbeit, in Schulen und der Erwachsenenbildung sollen entwickelt und erprobt werden. Die Erziehung zur Toleranz muss bereits im vorschulischen Bereich einsetzen.
- Die Debatte um die zentralen Werte der Demokratie am „Runden Tisch für Werteerziehung“ soll fortgesetzt und intensiviert werden.

## 2. Hart gegen Kriminalität, hart gegen die Ursachen von Kriminalität:

- Wir Sozialdemokraten setzen in erster Linie auf die Menschen, die täglich für unsere Sicherheit eintreten. Unsere Gesellschaft hat einen Anspruch auf innere Sicherheit und unsere Polizistinnen und Polizisten einen Anspruch auf Anerkennung für ihre schwere Arbeit, auf gerechte Bezahlung und anständige Arbeitsbedingungen. Deshalb werden wir die Ausstattung der Polizei weiter modernisieren. Der digitale Polizeifunk wird eingeführt, Arbeitsabläufe werden entbürokratisiert und modernisiert, die Fortbildung insbesondere zu neuen Kriminalitätsformen verstärkt.
- Strafrechtliche Sanktionen allein sind nicht geeignet, gesellschaftlichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Kriminalität wird am besten von ihren Ursachen her bekämpft. Deshalb braucht es auch in Zukunft umfangreiche Präventionsmaßnahmen im Bereich der Familienhilfe und der vorsorgenden Sozialarbeit. Die Justiz soll beim Opferchutz, beim Umgang mit Tätern sowie bei Prävention und Hilfe stärker mit bestehenden Netzwerken kooperieren.
- Wir wollen die Kooperation der Brandenburger Polizei und Justiz mit Berlin sowie mit der Bundespolizei und den polnischen Sicherheitsbehörden ausbauen.
- „Koma-Saufen“ und „Flatrate-Partys“ mit unbegrenztem Alkoholangebot sagen wir den Kampf an. Veranstaltungen, die dem Alkoholmissbrauch unter Jugendlichen Vorschub leisten, werden wir per Gesetz verbieten.

## 3. Ein wirksamer Rechtsschutz braucht eine moderne und gut ausgestattete Justiz:

- Gerechtigkeit braucht eine starke Justiz. Für einen effektiven und zeitnahen Rechtsschutz müssen den Gerichten die erforderlichen personellen und sachlichen Ressourcen zur Verfügung stehen.
- Soziale Chancengleichheit gilt auch beim Rechtsschutz. Um jeder und jedem – unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage – den gleichberechtigten Zugang zur Recht-

sprechung zu ermöglichen, brauchen wir auch weiterhin Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe.

- Mit dem elektronischen Rechtsverkehr soll der Zugang zu Rechtsschutz und Rechtsinformationen einfacher werden.
  - Wir werden für zusätzliche Richterinnen und Richter an den Sozialgerichten sorgen. Dadurch soll die Verfahrensdauer beschleunigt werden.
  - Mit einem Resozialisierungsgesetz begehen wir bundesweit Neuland. Ziel ist es, insbesondere jugendliche Strafgefangene erfolgreicher wieder einzugliedern.
4. Wir wollen den Datenschutz stärken. Dazu soll der öffentliche und private Datenschutz in einer Behörde zusammengefasst und unabhängig wahrgenommen werden.
  5. Die Modernisierung der Feuerwehren wird fortgesetzt. Zur Nachwuchssicherung soll die Zusammenarbeit zwischen den Feuerwehren, insbesondere den Jugendfeuerwehren, und den Schulen verbessert werden.

## 6. STARKES LAND, STARKE KOMMUNEN.

Ein starkes Land muss ein Partner sein – für seine Bürgerinnen und Bürger, seine Unternehmen, seine Kommunen. Dazu gehören eine gut funktionierende Infrastruktur, eine moderne Verwaltung und gesunde Finanzen. Die Stärken unseres Landes liegen auch in seiner geografischen Lage: in der Mitte Europas. Aus dieser Schnittstelle zwischen Ost und West wollen wir mehr machen – für unser Land, seine Bürger und unsere Nachbarn. Denn profitieren können wir alle von enger Zusammenarbeit über alte Grenzen hinweg.

Das haben wir bisher erreicht:

- Der neue Flughafen BBI in Berlin-Schönefeld ist das größte Infrastrukturprojekt Ostdeutschlands. Für den Bau werden über 2 Milliarden Euro investiert, bisher gingen 80 Prozent der Aufträge an heimische Unternehmen.
- Seit 2004 wurden fast 1,9 Milliarden Euro in Stadterneuerung, den Ausbau von Schienen und Straße sowie die Landschaftssanierung in Braunkohleabbaugebieten investiert.
- Brandenburg hat 2007 und 2008 erstmals keine neuen Schulden gemacht. Wir haben den Haushalt saniert. Dabei sind die Ausgaben für Bildung auf 350 Millionen Euro und für Wissenschaft und Forschung auf 422 Millionen Euro gestiegen.
- Die Steuereinnahmen der Kommunen sind von 2004 bis 2008 um 70 Prozent gestiegen.
- Mit der neuen Kommunalverfassung wurde der rechtliche Rahmen für die Städte, Gemeinden und Kreise modernisiert. Sie beinhaltet ein transparentes kommunales Haushaltsrecht und stellt sicher, dass wettbewerbsfähige kommunale Unternehmen auch in Zukunft Dienstleistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger anbieten können.
- Wir haben mit dem neuen Kommunalabgabengesetz dafür gesorgt, dass sogenannte Altanschießer für Investitionen in den Wasser- und Abwasserbereich, die vor 1990 getätigt wurden, keine Beiträge bezahlen müssen.

Und das haben wir in den kommenden Jahren vor:

1. Eine moderne Infrastruktur soll **Mobilität im ganzen Land** sichern und die Attraktivität für die Wirtschaft verbessern:
  - Der neue Flughafen BBI in Berlin-Schönefeld wird 2011 eröffnet. Wir sorgen dafür, dass auch weiterhin der größte Teil der Aufträge in der Region bleibt. Im und um den Flughafen werden ca. 40.000 Arbeitsplätze geschaffen und zwar nicht nur im Bereich der Luft- und Raumfahrt, sondern auch bei Logistik und Dienstleistungen. Der neue Flughafen wird Brandenburgs und Berlins Tor zur Welt, dafür braucht er auch gute Verkehrsverbindungen in die Brandenburger Regionen und nach Polen. Für die Entwicklung des Flughafenumfeldes arbeiten Berlin und Brandenburg eng mit den Anrainerkommunen

zusammen. Die Belastungen für die Anwohner sollen durch aktiven und passiven Lärm-  
schutz so gering wie möglich gehalten werden.

- Durch Investitionen in Schiene und Straße werden wichtige Infrastrukturlücken im Land geschlossen. Bei der Infrastrukturausstattung werden Neubauvorhaben in Zukunft die Ausnahme sein. Der Erhalt der bestehenden Netze wird im Mittelpunkt der Investitionen stehen.
- Brandenburg hat eines der besten Regionalbahnsysteme. Die Qualität dieses Angebots wird weiter verbessert. In den kommenden fünf Jahren werden keine Bahnstrecken stillgelegt.
- Die Bahnstrecken Berlin-Cottbus und Berlin-Dresden werden für eine Geschwindigkeit von 160 km/h ausgebaut. Sie sind wichtige europäische Bahntrassen und für viele Brandenburger Berufspendler wichtig.
- Eine große Lücke im deutschen Autobahnnetz in der Prignitz soll durch die A 14 geschlossen werden. Die wichtigsten Abschnitte der Autobahn sollen bis 2015 gebaut sein.
- Lücken im Radwegenetz werden zügig geschlossen. Beim weiteren Bau von Radwegen werden touristische und straßenbegleitende Radwege verzahnt.
- Wir werden im öffentlichen Nahverkehr und im Schienenverkehr alternative Antriebssysteme, wie Hybrid-, Elektro- oder Wasserstoffantrieb unterstützen. Das ist ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz.
- Die flächendeckende Breitbandversorgung ist ein wichtiger Standortfaktor und ein notwendiges Instrument um ländliche Regionen an die Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts anzuschließen. Bis Ende 2009 sollen möglichst alle „weißen Flecken“ bei der Breitbandversorgung beseitigt werden.

2. Wir werden auch weiter eine verantwortungsvolle Finanzpolitik machen:

- Aufgrund der zurückgehenden EU- und Solidarpakt-Mittel sowie der sinkenden Einwohnerzahl geht das Volumen des Landeshaushaltes bis 2019 um etwa ein Viertel zurück. Aus diesem Grund muss die Konsolidierung des Haushaltes fortgesetzt werden. Eine zusätzliche Verschuldung würde das Land zukünftig durch Zinszahlungen belasten und die Handlungsmöglichkeiten einschränken. Deshalb soll die Verschuldung des Landes bis 2014 nicht steigen.
- Wir werden den Kommunalen Finanzausgleich überarbeiten, so dass weiterhin allen Kommunen und Kreisen eine auskömmliche kommunale Selbstverwaltung ermöglicht wird. Die Einnahmen müssen sich dabei aber an den Landeseinnahmen orientieren. Bisher beträgt die kombinierte Verbundquote rund 23 Prozent der Landeseinnahmen. Sie soll über die nächste Wahlperiode nicht unter diese Grenze fallen.

3. Wir stehen für eine moderne und bürgernahe Verwaltung:

- Wir werden die Modernisierung der Landesverwaltung und den Bürokratieabbau fortsetzen. Die Regelungsdichte soll weiter abgebaut werden, Strukturen überprüft und ggf. weiterentwickelt werden. Das wird es ermöglichen, die Zahl der Landesbediensteten bis 2020 von gegenwärtig ca. 50.000 auf rund 40.000 Mitarbeiter – und damit auf den Durchschnitt vergleichbarer Bundesländer wie Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz – abzusenken. Dieser langfristige Personalabbau ist auch vor dem Hintergrund der zurückgehenden Bevölkerungszahl notwendig. Er wird sozial verträglich verlaufen.
- Wir werden die Verwaltungsstrukturen weiter modernisieren und mehr Möglichkeiten für elektronische Verwaltung und E-government schaffen.

#### 4. Lebenswerte Städte und Gemeinden sind die Basis für ein lebenswertes Land:

- Wir sprechen uns gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben aus. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen muss auch in Zukunft möglich sein.
- Der Stadtumbau Ost soll in hoher Qualität fortgesetzt werden. Mit zusätzlichen Mitteln bei der Stadterneuerung und für die energetische Sanierung werden Arbeitsplätze geschaffen und wichtige Zukunftsinvestitionen auf den Weg gebracht.
- Wir setzen uns für die altersgerechte Gestaltung von Wohnraum, Wohnumfeld und Infrastruktur ein. Dies sind wichtige Voraussetzungen, damit ältere Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Senioren- und generationengerechtes Wohnen soll – z. B. über das Aufzugsprogramm – fortgesetzt werden.
- Wir werden die nachhaltige Abfallpolitik fortsetzen. Entstandene Abfälle sollen ökonomisch und ökologisch effizient genutzt werden, gleichzeitig soll eine sichere Entsorgung gewährleistet werden. Unser Ziel sind sozialverträgliche Abfallgebühren.
- Der Schuldenmanagementfonds für Trink- und Abwassereinrichtungen soll unter das Dach der Kommunalaufsicht gestellt werden und durch Fusionen von Verbänden konsequent zu Ende geführt werden.

#### 5. Brandenburg im Herzen Europas:

- Seit dem Beitritt unserer mittel- und osteuropäischen Nachbarn zur EU ist Brandenburg in die Mitte Europas gerückt. Mit diesem Pfund können wir wuchern.
- Wir wollen die „Oderpartnerschaft“ mit unseren polnischen Nachbarregionen ausbauen. So soll beispielsweise die Zusammenarbeit beim Ausbau des grenzüberschreitenden Tourismus und beim Ausbau der Infrastruktur vertieft werden.
- Wir werden in unseren osteuropäischen Nachbarländern weitere Partnerschaftsbeauftragte einsetzen. Sie sollen Kooperationsprojekte unterstützen und helfen, Kontakte zwischen Unternehmen und Regionen herzustellen.

#### 6. Wir lehnen jegliche militärische Nutzung in der Kyritz-Ruppiner Heide ab.

7. **Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutz** gehören zu den wichtigsten Themen unserer Zeit. Die Bewahrung unserer Natur ist nicht nur eine ökologische Herausforderung. Sie entscheidet auch über die ökonomische Zukunft unseres Landes, denn der vernünftige Umgang mit den natürlichen Ressourcen der Erde wird immer mehr zum Markenzeichen einer erfolgreichen Volkswirtschaft. Die SPD wird sich auch zukünftig für die ökologische Modernisierung unseres Landes einsetzen. Wir haben entscheidend dazu beigetragen, dass ökologisches Handeln heute auch als eine Frage der Gerechtigkeit begriffen wird. Deshalb muss das Leben und Wirtschaften in Brandenburg auch zukünftig so gestaltet werden, dass unsere Kinder und Enkel eine gute Zukunft haben – ökonomisch und ökologisch. Deutschland ist Weltmarktführer bei Umweltschutzgütern, die Umweltwirtschaft ist ein langfristig wachsender Wirtschaftszweig – in Brandenburg wachsen diese Unternehmen überdurchschnittlich. Das soll so bleiben.
8. Brandenburg ist geprägt durch eine einzigartige großflächige Kulturlandschaft und eine wertvolle Tier- und Pflanzenwelt. Maßgebend für unsere Umwelt- und Naturschutzpolitik ist das Bestreben zur Verknüpfung von Kultur und Landschaft, von Mensch und Natur. Wir werden weiter für den Schutz von Brandenburgs einmaliger Natur und Landschaft sorgen. Die 15 Großschutzgebiete werden als Teil der Nationalen Naturlandschaften weiter entwickelt.
9. Brandenburg ist das „Land der Alleen“. Jedes Jahr sollen mindestens 5.000 neue Bäume entlang unserer Landes- und Bundesstraßen neu gepflanzt werden.
10. Wir werden die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2015 im Westhavelland aktiv unterstützen.
11. Wir werden die Arbeit der Verbraucherzentralen auch in Zukunft unterstützen, um die flächendeckende Beratung der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Die Energieberatung muss eine wichtigere Rolle in den Verbraucherschutzzentralen spielen.
12. Wir setzen uns für einen kompletten Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin bis 2019 ein. Das ist nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern auch ein weiterer Beitrag zur Vervollständigung der inneren Einheit.
13. Brandenburg braucht auch in Zukunft die Solidarität des Bundes und der alten Länder beim Aufbau Ost. Matthias Platzeck und die Brandenburger SPD werden auch weiterhin die Interessen des Ostens stark vertreten.